

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Ordnungsamtsmitarbeiter auf Querdenkerdemo

Beratungsfolge:

Beschlussvorschlag:

Unter dem Tagesordnungspunkt bittet die SPD-Ratsfraktion Herrn Oberbürgermeister Schulz um einen Sachstandsbericht zu den in den Medien bundesweit veröffentlichten Vorkommnissen auf dem Friedrich-Ebert-Platz vom Sonntag, 31.01.2021.

In dem Bericht sollte auch erläutert werden, warum die Verwaltung binnen zwei Tagen zwei unterschiedliche Stellungnahmen bezüglich der Teilnahme der Ordnungsamtsmitarbeiter an der Demonstration veröffentlicht hat.

Nach Bericht und Diskussion behält sich die SPD-Ratsfraktion vor, Anträge zum Thema zu stellen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

Hagen, 03. Februar 2021

Ordnungsamtsmitarbeiter auf Querdenkerdemo

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Dringlichkeitsantrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.2 GeschO, am 04. Februar 2021.

Unter dem Tagesordnungspunkt bittet die SPD-Ratsfraktion Herrn Oberbürgermeister Schulz um einen Sachstandsbericht zu den in den Medien bundesweit veröffentlichten Vorkommnissen auf dem Friedrich-Ebert-Platz vom Sonntag, 31.01.2021.

In dem Bericht sollte auch erläutert werden, warum die Verwaltung binnen zwei Tagen zwei unterschiedliche Stellungnahmen bezüglich der Teilnahme der Ordnungsamtsmitarbeiter an der Demonstration veröffentlicht hat.

Begründung:

In einem Zeitungsbericht vom 02.02.2021 (WP/WR Hagen) wird über eine „Querdenker-Demonstration“ auf dem Friedrich-Ebert-Platz vom Sonntag, 31.01.2021, berichtet, an der angeblich zwei Mitarbeiter des Hagener Ordnungsamtes teilgenommen haben. Bei einer Teilnehmerin soll es sich zudem um die Leiterin der städtischen Bußgeldstelle gehandelt haben. Dazu teilt die Pressestelle der Verwaltung zunächst mit, dass die Stadtverwaltung mit all ihren Mitarbeitern ein Spiegel der Gesellschaft sei. „Als Arbeitgeber sind wir gehalten, Dienstliches und Privates zu trennen. Noch haben wir keine Erkenntnis, dass von den Mitarbeitern gegen Regeln verstößen wurde.“

Einen Tag später, am 03.02.2021, berichten WP/WR Hagen, dass der Oberbürgermeister die beiden Verwaltungsmitarbeiter mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben entbunden habe.

Nach Bericht und Diskussion behält sich die SPD-Ratsfraktion vor, Anträge zum Thema zu stellen.

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion

